

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Sonnabend

26. Juli 1924

Verlag und Anzeigen-Abteilung
Geschäftszeit 9-6 Uhr

Verleger: Dörmers-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 2515-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Oeser über die Reichsbahn.

Dritte Lesung des Notetats im Reichstag.

Die heute auf 11 Uhr vormittags angeordnete Reichstagsitzung begann mit erheblicher Verspätung, weil der Haushaltsaus-
sich mit seinen Arbeiten noch nicht fertig geworden war. Es ent-
wickelte sich sodann eine stark bewegte Geschäftsordnungs-
debatte, in der zunächst Herr v. Graefe (Ratsoz.) heftige An-
griffe gegen die Geschäftsführung des Präsidenten Ballraf
richtete, weil dieser die Bestimmungen der Geschäftsordnung hinsicht-
lich der Einhaltung der Fristen zwischen den verschiedenen Lesungen
der Gesetzentwürfe nicht beachtet habe. In der Debatte sprachen
Genosse Löbe und der Kommunist Koenen, der verheerend
vom Genossen v. Graefe spricht und damit minutenlange
stürmische Heiterkeit hervorruft. Gegen einen Antrag des Kommu-
nistischen Münzberg, die vom Reichsministerium des Innern
verhinderte Ausreise von 500 Kindern nach Frankreich zu genehmigen,
erhebt Kahl (D. Sp.) Einspruch, was neue stürmische Szenen her-
vorruft. Auf Antrag von Schulz-Bromberg (Dnat.) wird Be-
schlossen, auf Grund der Verfassung die Anwesenheit des Reichs-
verkehrsministers Oeser zu fordern, der Aufklärungen über seinen
Geset geben soll. Ueber einen kommunistischen Antrag, die Beratung
des Etats mit der Beratung des Berichts des Rechtsausschusses zu
verbinden, wird im Hammelsprung abgestimmt. Der Antrag wird
mit 122 gegen 166 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Ein-
stellung eines Strafverfahrens gegen den Abg.
Rebel (Komm.) für die Dauer der Tagung wird ohne Besprechung
angenommen.

Auf Antrag Löbe (Soz.) werden die Anträge auf Aufhebung
der letzten Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten sowie des
Verbots politischer Parteien usw. mit der Beratung des Notetats
verbunden. Ueber die Ausschussberatung zum Notetat be-
richtet Abg. Dietrich-Boden. Die Nationalsozialisten haben zur
dritten Lesung des Notetats den Antrag eingebracht, der Regierung
das Mißtrauen auszusprechen. Reichsaußenminister Dr. Strese-
mann wohnt der Verhandlung bei.

Während der Rede des Abg. Dietrich ist der Reichsverkehrs-
minister Oeser im Saal erschienen und nimmt sofort nach Dietrich das
Wort, um die finanzielle Lage der Reichsbahnen darzulegen.

Oeser bedauert zunächst, daß er nicht früher erscheinen konnte,
und berichtet dann über den Reichsbahnhaushalt. Im
Halbjahre November/April wurde ein Ueberschuß von 40 Mil-
lionen erzielt, der aber zur Einlösung des Reichsgeldes und
für andere Schulden aufgetraut wurde. Im neuen Haushalt ist die
Reichsbahn noch mit 220 Millionen für das Ruhrgebiet belastet, aus-
dem es keine Einnahmen hat. Diese schwere Belastung ist zum Teil
ein Hemmnis gegen weitere Tarifermäßigungen. Die Reichsbahn-
einnahmen bis zum April haben sich normal entwickelt, und zwar
anstehend; sie betragen wertmäßig im November 8 Millionen, im De-
zember 8 1/2, im Januar 9,4, im Februar 10,1, im März 11,3, im
April 12,7, fielen aber infolge der großen Bergarbeiterstreiks im Mai
auf 11,2 und erreichten im Juni erst 11,3. Die Erhöhung der Löhne
und Gehälter macht 300 bis 400 Millionen im Jahr aus. Der neue
Haushaltsplan rechnet mit einem Fehlbetrag von
85 Millionen. Die wirkliche Gestaltung hängt davon ab, daß
die Regiebahnen aufhört, und von der allgemeinen Wirtschaftslage.

Graf Verchenfeld (BSp.) gibt im Namen seiner Fraktion
eine Erklärung ab, worin sie entsprechend ihrer bisherigen
Hal-
tung Verhandlungen der Reichsregierung auf Grund des Sach-
verständigenrats billigt, obwohl sie starke Zweifel
gegen die Durchführbarkeit hegt, zumal die Sachverständigen
nicht genügend beachtet haben, daß die deutsche Leistungsfähigkeit
durch Kriegsverluste, Erfüllungszwänge und Besatzungslasten beein-
trächtigt ist.

Die drei Gesetzentwürfe betrachtet die Bane-
rische Volkspartei als ein Ganzes. Nur wenn die Re-
gierung energisch für die wirtschaftliche und militärische Räumung
der vertragswidrig besetzten Gebiete, für die volle Wiederherstellung
der deutschen Wirtschaft und Verkehrseinheit und der Reichsheit
eintritt, wird sie die weitere Unterstützung der Bayerischen Volks-
partei finden. Das Gutachten soll zum wirklichen und dauernden
Frieden führen, darum muß die Behauptung der deutschen Kriegs-
schuld fallengelassen werden.

Bei Schluß des Blattes spricht Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.)

Die Nachsitzung des Reichstags.

Um 1 Uhr beschlußunfähig.

In der Debatte zum Notetat sprach nach dem National-
sozialisten

Dr. Braun-Franken (Soz.):

Ich bin erstaunt, daß so tapere Helden des Krieges wie Herr
Kunze, der Held von der Etappe Gardelegen, und wie Graf Re-
dentlow, der unermüdete Leitartikelredakteur der „Deutschen
Tageszeitung“ während des Krieges, so kräftige Reden hier gehalten
haben, ohne freilich auch nur zu versuchen, eine der glänzenden
Ausführungen und atemberaubenden Darlegungen des Abgeordneten
Scheidemann zu widerlegen. Die Sozialdemokratie der ganzen Welt
hat den Standpunkt unserer Reichstagsfraktion zur Erfüllungspolitik
begriffen, auf der demütigsten Zusammenkunft in Frankfurt a. M.
haben wir in Gemeinschaft mit unseren politischen Freunden in
den umliegenden Ländern ein erfüllbares Reparationsprogramm aufgestellt, das die
Zustimmung wichtiger heute entscheidender Politiker des Auslandes
besunden hat. Es bezweckt, die Lasten des Versailleser Vertrages für
Deutschland zu mindern und den Weg zur Befriedung Europas zu
finden. Bis nach Wittmaube mühten sich die Uebernationalen
versuchen, um einen Sozialdemokraten zu finden, der sich im Gegen-
satz zu unserer Politik gestellt hat. Von meinem Freunde Berger kann
nicht verlangt werden, daß er alle Triebkräfte und Hemmnisse
unserer Politik würdigt. Von deutschen Politikern ist es aber frei-
lich erlaublich, daß sie meinen, daß eine festgelegte Richtlinie einer
großen Partei und Parlamentarierleitung durch eine einzelne Rede
vollständig umgedogen werden könnte. Wir haben die Verpflichtung,

nach bestem Wissen und Willen die Interessen der deutschen
Arbeiterklasse und damit auch Deutschland zu vertreten. Demgegen-
über kann es nicht ins Gewicht fallen, was ein uns sonst sehr lieber
und alter Freund in Amerika in einer dortigen Zeitung ge-
schrieben hat.

Meine Herren, die Sie hier so gegen mich lärmten und damit
Ihre Solidarität mit Herrn Kunze zum Ausdruck zu bringen scheinen,
Sie täten besser, etwas vorsichtig zu sein. Sie werden es wohl
werden, wenn Sie Herrn Kunzes Biographie in der Weltbühne ge-
lesen haben. Sie gehört zum amüsansten der politischen Literatur
unserer Tage.

Unter sich immer mehr steigendem Lärm, der die Ausführungen
Brauns völlig übertönt, verliest er die entscheidenden Punkte der
Erklärungen des Internationalen Kongresses von Genf aus dem
Jahre 1920 über die Kriegsschuld. Er verweist dann noch auf die
Schrift des Zentrumsabgeordneten A. Andree: „Wie kam der
Friedensvertrag in der Nationalversammlung zur Annahme?“ Er
verweist aus ihr die Feststellung, daß für den Versailleser Friedens-
vertrag nicht nur die Mehrheitssozialisten, ein Teil des Zentrums,
auch sicher die Hälfte der Demokraten und die Hälfte der Deutschen
Volkspartei, endlich auch verschiedene Abgeordnete der
Deutschen Nationalen Volkspartei gestimmt haben, er
verweist auf die Erklärungen der Abgeordneten Schiffer, Schulz-
Bromberg und Heintze, die zwar dem Friedensvertrag nicht zu-
stimmen, aber erklären, daß sie die Motive der Zustimmung be-
greifen, würdigen und achten.

Braun schließt mit dem Hinweis, daß, wenn die Abgeordneten
von heute wüßten, wie in der Nationalversammlung die Zustimmung
zum Friedensvertrag zustande kam, sie nicht den Mut fänden, so
heute zu dem Dames-Bischoffs Stellung zu nehmen, wie es ge-
schehen ist. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

In der Debatte zum Notetat wies Abg. Dr. Braun-
Franken (Soz.) zunächst sehr scharf die Angriffe der Nationalisten zu-
rück und erklärt, Viktor Berger sei nicht der berufene Richter über
die Haltung der deutschen Sozialdemokratie.

Damit ist die erste und gleich darauf die zweite Lesung des Haus-
halts erledigt.

Wiederaufnahmeverfahren gegen bayerische Volksgerichte.

In der zwölften Abendstunde berichtet Abg. Dr. Kahl (Dsp.)
über die Ausschussberatungen wegen des Wiederaufnahmeverfahrens
für Urteile der bayerischen Volksgerichte wegen Aufhebung der Aus-
nahmeverordnung, der Verbote politischer Parteien und der Aus-
nahmeverordnung für die Presse. Der Ausschuss legt einen Geset-
zentwurf vor, der die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber
Urteilen bayerischer Volksgerichte zuläßt.

Der bayerische Gesandte v. Beeger erklärt, Bayern hätte das
Reich nicht für zuständig, das Wiederaufnahmeverfahren für
die Volksgerichte einzuführen. Selbst als verfassungsänderndes Gesetz
würde Bayern es als schweren Eingriff betrachten, zumal dadurch
feierliche Versprechen der großen Parteien gebrochen werden würden.
Der Reichstag sei auch nicht berechtigt, Maßnahmen des bayerischen
Generalstaatskommissars aufzuheben. Dieses Recht habe er nur
gegenüber Landesregierungen, nicht aber gegenüber ihren Organen.
Das gelte auch für das Verbot der kommunistischen Partei. Die
bayerische Regierung hält die Zeit für die Auf-
hebung des Ausnahmezustandes noch nicht für ge-
kommen.

Abg. Frid (Ratsoz.) nimmt um Mitternacht das Wort, um eben-
falls die Anträge des Rechtsausschusses zum Wiederaufnahmever-
fahren zu bekämpfen. Er läßt sich dabei auch über die Aufhebung
des Ausnahmezustandes und die Tätigkeit des Generalstaatskom-
missars v. Kahr, speziell gegenüber den nationalsozialistischen Organi-
sationen aus: Der bayerische Ausnahmezustand ver-
trage sich nicht mit der Reichsverfassung.

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Sp.) legt den Standpunkt seiner
Fraktion zu den Ausschussanträgen dar. Es sei unangehörig, eine
Zuständigkeit des Reiches für eine bayerische Institution zu be-
gründen, die bereits wieder aufgehoben sei. Auch der Fall
Fechenbach könne eine solche Ungehörigkeit nicht rechtfertigen.

Abg. Kube (Ratsoz.) bekämpft die in Breußen ergangenen Ver-
bote von Parteien. Der heutige deutsche Staat sei weder ein
nationaler, noch ein christlicher Staat.

Um 1 Uhr nachts bezweifelt Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.)
die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Bureau teilt die
Zweifel; die Sitzung wird abgebrochen.

Die deutsche Abordnung.

Wie wir hören, wird die Einladung an Deutschland
frühestens am Montag abend in Berlin sein und die deutsche
Abordnung wird nicht unmittelbar darauf nach London reisen
können. Voraussichtlich wird die Abordnung unter der Füh-
rung des Reichszanklers Dr. Marg und des Außenministers
Dr. Stresemann stehen. Endgültige Beschlüsse über ihre
Zusammensetzung sind jedoch noch nicht gefaßt.

Macdonald verlangt militärische Räumung.

Paris, 26. Juli. (W.F.B.) Der Londoner Berichterstatter der
„Ere Nouvelle“ will wissen, daß Macdonald in der Vollziehung
vom Montag von Frankreich die militärische Räumung des
Ruhrgebiets verlangen werde. Die Stellung Herriots zu diesem
Punkt scheint noch nicht festgelegt zu sein. Herriot lasse sich von
sehr vorsichtigen Erwägungen leiten. Man dürfe ihn nicht durch zu
weitgehende Forderungen in Verlegenheit bringen. Nichtsdesto-
weniger wäre es von größtem Vorteil, wenn dem englischen Vor-
schlag stattgegeben würde. Die militärische Besetzung des Ruhr-
gebiets habe nur eine Berechtigung als Sicherung der wirtschaft-
lichen Befreiung. Da die letztere verschwinde, sehe man den Zweck
der ersten nicht mehr recht ein.

Lex Stinnes.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen
Gesetzentwurf zur Aenderung des Erb-
schaftssteuergesetzes eingebracht, der die Aufhebung
der im Jahre 1922 wieder eingeführten Steuerfreiheit des
Ehegatten fordert. Das Gesetz soll mit Rückwirkung vom
1. April 1924 in Kraft treten.

Als Hugo Stinnes gestorben war und seinen Erben
ein Riesenermögen hinterlassen hatte, glaubten naive Ge-
müter, nun werde das Reich mit seiner Erbschaftsteuer einen
großen Fischzug machen. Aber man hatte sich geirrt. Als man
das Stinnesche Testament eröffnete, stellte sich heraus, daß
Stinnes seine Frau zur alleinigen Erbin einge-
setzt und damit das ganze Erbe völlig steuerfrei gemacht
hatte. Herr Stinnes hielt noch im Tode an seinem Lebens-
prinzip fest: dem Staat nicht einen Pfennig.

Von den Vertretern der Gewerkschaften über die Ursache
dieser aufreizenden Tatsache befragt, erklärte der Finanz-
minister Dr. Lütjers, es handle sich hier beileibe nicht um eine
Steuerhinterziehung. Die Einkerbung der Ehefrau als Erbin
sei gesetzlich durchaus in Ordnung, ähnliche testamentarische
Regelungen seien in weitem Umfange üblich und entsprächen
der Natur der Dinge. Herr Lütjers hat nur zu recht. Steuer-
hinterziehung ist nur eine Sache für kleine Leute. Die
großen Herren geben sich damit nicht ab. Sie wissen einen
anderen Weg: sie gestalten die Gesetze so, daß sie von selbst zu
Steuerbefreiungen führen, sie treiben gesetzliche Steuer-
hinterziehung.

So auch hier. Bei den Beratungen über die Aenderung
des Erbschaftsteuergesetzes im Jahre 1922 schmuggelten die
bürgerlichen Parteien in verschämter Unverschämtheit einen
kleinen Absah in das Gesetz, der praktisch zur Steuerfreiheit
der Ehegatten führte. Nur für den Fall, daß Ehen gewisser-
maßen auf dem Sterbebett geschlossen würden, um die Erb-
schaftssteuer zu hinterziehen, sollte die Steuerbefreiung nicht
eintreten. Mit Hilfe dieses kleinen Absahes haben die Stinnes
und, nach Dr. Lütjers eigenem Zeugnis, unzählige andere die
Erbschaftsteuer „gepart“.

In der Vorkriegszeit war es niemals gelungen,
den hartnäckigen Widerstand der herrschenden Rechtsparteien
gegen die Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes zu brechen
und noch in der Kriegszeit wurden alle dahingehenden Anträge
der Sozialdemokratie trotz des gewaltigen Finanzbedarfs ab-
gelehnt. Erst die Nachkriegszeit führte darin eine ganz
radikale Wende herbei. Mit vollem Recht konnte die Be-
gründung zum Entwurf des Erbschaftsteuer-
gesetzes sagen:

„Der Ausbau der bestehenden Erbschaftsteuer im Sinne
ihrer Ausdehnung auf das Gatten- und Kindeserbe und der ver-
schärften Heranziehung der entfernteren Verwandtschaftsgrade ist durch
den Gang der Entwicklung aus einem früheren Gegenstande des
Streites der Meinungen ein Gemeingut geworden, über den in
den weitesten Volksteilen Uebereinstimmung herrscht.“

Mit einem Schlage waren alle Parteien für die
Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes.
Der Entwurf wurde nicht nur von den Demokraten, die schon
1909 für eine solche Regelung eingetreten waren, „mit Freuden
begrüßt“, sondern auch die Deutsche Volkspartei be-
saß sich auf ihre nationalliberale Vergangenheit. Da-
mals erklärte Dr. Becker-Heffen:

„Daß wir hier der Besteuerung des Erbes der Kinder und Ehe-
gatten zustimmen, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung für den-
jenigen, der die Geschichte des Parlaments in den letzten zehn Jahren
kennt. Im Jahre 1909 haben wir, hat die alte Nationalliberale
Partei es getan, und wir stehen heute noch auf dem gleichen Stand-
punkt, den wir damals eingenommen haben.“

Und auch die Deutschnationalen, die so lange alle
derartigen Ansinnen als ein Attentat auf den Familienfidei-
commissum mit Entrüstung von sich gewiesen hatten, waren mit einem Male
wie verwandelt. Graf von Posadowsky-Wehner be-
kante am 9. Juli 1919:

„In der Not der Zeit muß man unter Umständen von grund-
sätzlichen Auffassungen ablassen; wir sind daher bereit, auch in
eine sachliche Prüfung der Besteuerung des Erbes der Kinder und
der Ehegatten einzutreten.“

Und vier Wochen später vertiefte sich der Abgeordnete
Hampe, der damals bei den Deutschnationalen hospitierte,
sogar zu folgendem Hymnus:

„Einmütig sind wir der Ansicht, daß das Kindeserbe und
das Gattenerbe nicht mehr länger geschont werden kann, und daß die
tragfähigen Schultern auch belastet werden müssen auf dem Gebiete
der Erbschaftsteuer bis zur Grenze des Menschenmöglichen.“

Ja, sogar das Zentrum verzichtete auf jegliche moral-
schützende Pose und ließ durch seinen Sprecher erklären:

„Bei der Erbschaftsteuer ist es ebenso wie bei den nachher
kommenden Verbrauchssteuern: die Not der Zeit hat hier manchen
gezwungen, auch unter uns, umzulernen, und es ist nicht gut, sich da
gegenfährig alte Sünden vorzuwerfen. Wir alle werden noch sehr
viel lernen und umlernen müssen.“

Aber der letzte Satz der Zentrumsklärung war prophe-
tischer als er vielleicht gemeint war. Knapp drei Jahre später
sah er sich in die Lage versetzt, abermals umlernen zu müssen.
Ein Antrag des Zentrums im Steueraus-
schuß war es, der bei der Aenderung des Erb-
schaftssteuergesetzes im Jahre 1922 die Steuer-
befreiung des Ehegatten hinterherum wie-
der in das Gesetz hineinbrachte. Zwar sollte nur
das Erbschaftsteuergesetz der Bewertung angepaßt und

verwaltungstechnisch vereinfacht werden. Aber mit einem Male war die steuerliche bürgerliche Einheitsfront der Vorkriegszeit wiederhergestellt, als es sich darum handelte, die Steuerbefreiung des Ehegatten durchzudrücken. Davon, daß die tragfähigen Schultern auch belastet werden müssen auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer bis zur Grenze des Menschenmöglichen, war nicht mehr die Rede.

Die verhängnisvollen Wirkungen dieses Umlernens blieben zunächst verschleiert, da die Geldentwertung den ganzen Ertrag der Erbschaftsteuer ohnehin aufzehrte. Um so deutlicher treten sie jetzt zutage. In dem ersten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1924 brachte die Erbschaftsteuer noch nicht 3 Millionen Goldmark. Obgleich der Voranschlag für diese Zeit nur den lächerlich geringen Betrag von 7,5 Millionen vorsieht, bleibt das tatsächliche Aufkommen doch um 60 Proz. dahinter zurück. Gewiß wirkt sich in dieser Tatsache die große Verarmung Deutschlands aus und auch die vielfältigen, immer noch erfolgreichen Steuerhinterziehungsmethoden der Besitzenden treten hier in Erscheinung. Der allergrößte Teil dieses Gehaltetrages von 4,5 Millionen aber kommt auf das Konto der Ehegattenbefreiung. Wie Dr. Luther zugibt, wird von dieser Vorchrift weitestgehender Gebrauch gemacht. Die Mehrzahl der Erbansätze in Deutschland sind infolgedessen Jahre hindurch steuerfrei, denn jeder der großen Erblasser, die mit Hilfe ihrer Steueranwälte alle Vorteile des Gesetzes auszunutzen verstehen, setzt zunächst seinen Ehegatten zum Alleinerben ein.

Kann jemand behaupten, daß das Reich in der Lage sei, auf diese Einnahme zu verzichten? 1919 waren alle bürgerlichen Parteien der Ansicht, daß außerordentliche Umstände außerordentliche Maßnahmen verlangten. Aber sind diese außerordentlichen Umstände inzwischen überwunden? Befindet sich das Reich heute nicht in ungleich schlimmerer Finanzlage als 1919? Wenn aber die Besitzenden jetzt wieder behaupten, die Besteuerung des Gattenerbes gefährde den Familiensinn, dann ist das nichts als Heuchelei. Ist der Familiensinn in den Ehen der Besitzlosen, die gar kein Vermögen zu vererben haben, vielleicht deshalb geringer als in denen der Besitzenden? Und mit Recht sagt die Begründung zum Entwurf des Gesetzes von 1919:

„Für die Höhe der Besteuerung auch des Gattenerbes aber kommt im übrigen in Betracht, daß angesichts der Opfer, die allen Volkstrassen zur Deckung der ungeheuren Kosten des Reiches zugemutet werden müssen, auch hier bis zur Grenze dessen gegangen werden muß, was noch erträglich erscheint, und daß vor allem die besitzenden Kreise hierbei in weitestem Maße herangezogen werden müssen.“

An den hier entwickelten Grundgedanken festzuhalten, ist heute dringender als je geboten. Nachdem der Großbesitz die Preisgabe dieses Grundgesetzes in raffinierter Weise dazu ausgenutzt hat, die Staatsinteressen seiner eigenen egoistischen Interessen unterzuordnen, muß die im Jahre 1922 eingefügte Gesetzesvorschrift gestrichen werden.

## Der bittere Kelch.

Auffüllen der Gestäubten.

Genosse Scheidemann hat den Nationalisten im Reichstag einen bitteren Kelch gereicht, ihre Schuld, ihre innere Verlogenheit, ihre Heuchelei erbarmungslos aufgedeckt. Die „Germania“ stellt fest, daß die Deutschnationalen die Stämpfung ziemlich schweigend hingenommen haben in der Hoffnung, daß auch dieser Kelch einmal vorübergehen müsse. Es ist besser für den schuldabwuschenden Infulpaten, daß er schweige bei müßiger Stäubung, um die Härten zu vermeiden.

Aber die Presse des Schwindelnationalismus schreit auf unter der Weisung. Sie möchte den Inhalt der Scheidemann-Rede umfassen in ein Attentat gegen deutsche Interessen. Das ist ihre Reaktion auf die Hiebe! Wir geben die Aufschreie der Betroffenen wieder:

Deutsche Tageszeitung: „So sei festgestellt, daß der Redner die Schwammlosigkeit behält, dem Auslande gegenüber Deutschland

der systematischen Kriegsverlängerung zu zeihen und durch Betonung des Wortes „Alleinschuld“ indirekt sein Geburtsland (ein Vaterland hat wohl ein Genosse nicht) als mitschuldig am Kriegsausbruch hinzustellen.“

Lokal-Anz.: „Und Herr Scheidemann wurde so Gelegenheit gegeben, seinerseits, von dem Sahe ausgehend, daß kein Mensch in Deutschland an die Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg glaube, in die tiefsten Tiefen demagogischer Parteigezänktes hinabzustiegen.“

Der Tag: „Scheidemann spricht. Und das wurde die Bedeutung, die wenig erbauliche Bedeutung des Tages. Man hat sich zu sehr daran gewöhnt, über diesen Mann lächelnd die Ähneln zu zucken; man hat über dem billigen Pöbelwort von der „verdorrenen Hand“ zu leichtfertig das große, wirkliche Schuldkonto dieses Demagogen vergessen, man hat vergessen, daß er gefährlich war und gefährlich ist...“

Run spricht er sein Gift wie eine Ratter an heißen Tagen, wie eine Ratter, die lange geparkt. Er hält eine pedantisch durchgearbeitete und eitel stilisierte Rede, nur zu dem einzigen, noblen Zweck, den Satz von der Unschuld am Kriege, den Satz von der Unschuld seiner Heimat zu entkräften. Mit Lehenswertem, unheimlichem Ratteneifer schleppt er Zitate und Argumente aus allen Kellerlöchern zusammen. Oben in der Diplomatentöse spitzt man die Ohren ob dieses pathetisch schwingenden Entfälscherlatschens.“

Es ist begreiflich, daß die Leute der Scherl-Presse, der Leiborgane Wilhelms des Landstüchtigen, am lautesten und widerwärtigsten aufheulen bei der Aufdeckung ihrer Schuld. Sie werden den bitteren Kelch bis zur Reize trinken müssen!

## Das deutschnationale Doppelspiel.

Geheerlich vor den Wählern, staatsmännisch im Reichstag.

Gestern fiel es im Reichstag allgemein auf, daß die deutschnationale Fraktion für ihre „große Aktion“ gegen das Sachverständigengutachten keinen anderen Namen vorzuschlagen hatte als den hiederen Bürgermeister von Schöneberg, der weder in keinem Amte noch als Reichstagsabgeordneter als Beachte gilt. Wenn die Deutschnationalen, die das Sachverständigengutachten als ein zweites Versailles bezeichnen, wirklich ernsthaft gegen dies zweite Versailles kämpfen wollen, dann hätten sie die Möglichkeit gehabt, diesen Kampf gestern mit Energie zu führen. Statt dessen lassen sie einen Redner dritter oder vierter Garnitur sprechen, und dieser Redner beschränkt sich dazu noch darauf, zur Kriegsschuldfrage die langweiligsten Dinge vorzutragen. Selbst der „Lokal-Anz.“ hat ein Gefäß dafür, daß die Deutschnationalen mit dieser Taktik nicht sonderlich glücklich operiert haben. Er bedauert, daß man dadurch nur Scheidemann Gelegenheit zu einer gründlichen Abfertigung der deutschnationalen Heuchelei gegeben habe.

Es ist nicht uninteressant, die professoral langweilige Rede des Herrn Berndt von der Tribüne des Reichstages mit dem zu vergleichen, was Herr Berndt in seiner engeren Heimat Schöneberg seinen Wählern zu erzählen pflegt. Noch vor 14 Tagen, am 3. Juli, sprach er in einer deutschnationalen Versammlung der Hohenzollern-Realschule in Schöneberg über „Die Not und das Sachverständigengutachten“. In dem Bericht über seine damalige Leistung: er heißt es:

„Das Sachverständigengutachten in seiner jetzigen Gestalt müsse abgelehnt werden. Das Volk habe sich am 4. Mai gegen die Regierung Marx-Stresemann ausgesprochen. Wir haben eine Minderheitsregierung, hinter der nur 138 Abgeordnete stehen. Ober habe gegenüber den Deutschnationalen als ausgesprochener Parteimann gehandelt. Er muß sobald wie möglich von seinem Platz verschwinden, entweder freiwillig oder gezwungen. (Lofender minutenlanger Beifall.) Die Regierung muß gestürzt werden, und dann müssen die Deutschnationalen hinein in die Macht und die Regierung. Er könne voraussetzen, daß die Regierung spätestens mit Ende des Monats bei Beratung des Sachverständigengutachtens verschwinden werde. (Großer Beifall.) Das Gutachten selbst sei schlimmer als ein zweites Versailles... Stresemann erkenne gewissenslos die Schuld Deutschlands an. Der des ist, ist entweder ein Verbreiter oder ein Verbrecher... Diese Regierung, die das Volk systematisch belügt und betrügt, gehört vor den Staatsgerichtshof... Die

Deutschnationalen stellen in bezug auf das Gutachten ihre Bedingungen, besonders in betref der Ehrenpunkte. Werden ihre Bedingungen nicht angenommen, dann erfolge Ablehnung des Gutachtens — lomme, was da wollte.“ (Großer Beifall.)

Herr Berndt hat damit vor seinen Wählern nichts anderes gesagt, als was die Deutschnationalen im ganzen Lande reden. Nur zeigt seine Rede im Reichstag und das Verhalten der Fraktion ganz eindeutig, daß die Deutschnationalen ihr politisches Handeln anders einzurichten beabsichtigen. Die deutschnationale Parteileitung scheint bereits Anweisungen an ihre Organisationen ausgegeben zu haben, mit denen sie ihre Umfali vorbereiten will. Wenigstens versteht die Deutsche Volkspartei in Sachsen ein Rundschreiben an ihre Mitglieder, in dem es heißt:

Es ist interessant, was uns heute durch den Ortsverein Berdau mitgeteilt wird. Direktor Schmidt, erster Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei Berdau, hat unserem Vorsitzenden mitgeteilt,

daß er von seiner Partei in Berlin Anweisung erhalten habe, nichts gegen das Sachverständigen-Gutachten zu unternehmen,

und hält einen Vortrag aus diesem Grunde für überflüssig. Aus diesen Zeilen ist klar ersichtlich, daß sich also auch bei den Deutschnationalen in der Frage des Sachverständigen-Gutachtens ein Stimmungsumschwung bemerkbar macht. Wenn trotzdem Dr. Müller (ein deutschnationaler Agitator, D. Red.) heute noch im Lande umherzieht, so ist dies als ein eigenmächtiges Vorgehen zu betrachten, was schließlich nur auf den persönlichen Ehrgeiz dieses Vertreters zurückzuführen werden kann. Sollten in diesem oder jenem Orte Versammlungen der Deutschnationalen oder der industriellen Vereinigungen gegen das Sachverständigen-Gutachten stattfinden, so dürfte es angebracht sein, wenn unsere Parteifreunde auf die Anweisung der Deutschnationalen Volkspartei aus Berlin eingehen würden.“

Aus diesen Anweisungen der deutschnationalen Parteileitung und aus der Rede des Herrn Berndt geht ganz klar hervor, was die Deutschnationalen wollen. Sie wollen das Volk über ihre wirklichen politischen Absichten belügen, sie bewegen die nationalistische Hege zur Aufpeitschung der Leidenschaft und wollen selbst nur — an die Macht. Sie wollen die Verfügung über den staatlichen Verwaltungsapparat, sie wollen die Rückkehr zum alten Obrigkeitsstaat — das Sachverständigen-Gutachten ist ihnen höchst gleichgültig. Die Kosten, die dadurch Deutschland auferlegt werden, bieten ihrer Meinung nach höchstens eine günstige Gelegenheit, dem Volke dauernd eine Verlängerung der Arbeitszeit und neue Steuerlasten zu diktiert und im übrigen zu den alten schönen Zeiten zurückzuführen, wo der Unternehmer „herr im Hause“ war. Die Deutschnationalen haben dabei nur vergessen, mit dem „Herrn im Hause“, dem deutschen Volke, zu rechnen. Das wird schon dafür sorgen, daß dieser Heuchlerbande ein Strich durch die Rechnung gemacht wird.

## Judenhak im bayerischen Landtag.

München, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Beratungsausschuß des bayerischen Landtags führte am Sonntagabend vormittag die Beratung über den völkischen Antrag zur Judenfrage zu Ende, der eine große Reihe tief eingreifender Beschränkungen gegen die Juden als Staatsbürger verlangt. U. a. wird gefordert, daß Ramensänderungen, die seit 1. August 1914 vorgenommen wurden, rückgängig zu machen sind, daß Juden zu Staatsprüfungen nicht mehr zugelassen werden und daß sie insbesondere nicht mehr als Professoren an den Hochschulen zugelassen sind, daß ihnen der Zugang zum Staatsdienst gesperrt werden soll und daß die im Staatsdienst beschäftigten Juden sofort abzubauen seien. Ferner, daß das Juden verboten ist, Band zu erwerben und daß schließlich alle seit 1914 eingewanderten Juden auszuweisen und ihr Vermögen zu beschlagnahmen ist. Dieser Antrag wurde abgelehnt in der Erwägung, daß seine Annahme unmöglich ist, nicht so aus Gründen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, sondern vor allem, weil Reichs- und Landesverfassung ihm entgegenstehen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, also mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und selbstverständlich der Deutschnationalen, wurde folgender Antrag angenommen:

1. Die Staatsregierung ist zu ersuchen, den Angehörigen der jüdischen Rasse in der Regel die Genehmigung zur

## Für unser Recht...

Von Erich Ruttner.

Zu Augustbeginn werden wir auf Geheiß der hohen Reichsregierung feierlich demonstrieren. Erstmals gegen diverse Lügen: die Lüge von der Kriegsschuld, die Lüge, daß wir den Krieg geführt, die Lüge, daß wir den Krieg verloren hätten usw. usw. Dann aber natürlich auch positiv: für die Erlaubnis, daß Wilhelm nach Deutschland zurückkehrt, für die Verfertigung Ludendorffs in den verschärften Belagazustand und — ganz besonders — für unser Recht!

Für Deutschlands vergewaltigtes, mit Füßen getretenes Recht! Vergewaltigt, mit Füßen getreten... natürlich von den anderen.

Mit unserem eigenen Recht! Sieht es dagegen so aus: Beschloß da jüngst ein Reichstagsauschuß, daß gegen die Urteile gewisser Standgerichte, gegen Urteile, die auf Grund summarischen Verfahrens und ohne Appellationsmöglichkeit gefällt waren, nach Jahr und Tag das Wiederaufnahmeverfahren zulässig sein sollte.

Wohlgemerkt: nicht Berufung oder Revision, sondern Wiederaufnahme!

Das Wiederaufnahmeverfahren ist der letzte Rotanker des Strafrechts. Wiederaufnahme bedeutet: Einer ist wegen Mordes zum Tode verurteilt, rechtskräftig, wartet auf seine Hinrichtung in der Zelle, als der „Er mordete“ quatschernd von einer Bekreife zurückkehrt... Oder das Dienstmädchen sitzt wegen Diebstahls im Gefängnis, da findet die Gnädige den gestohlenen Brillantschmuck genau in der Toiletenschublade, in die sie ihn nach dem letzten Ball aus begreiflicher Zerknirschtheit hineingeworfen hat...

Oder: Einer sitzt wegen Landesverrats im Zuchthaus. Kommittee Gelehrte weisen nach, daß das Urteil nach allen Regeln windschief ist: weder war die veröffentlichte Urkunde geheim noch geschah ihre Veröffentlichung zum Schaden des Deutschen Reiches, und selbst im Begehungsfall wäre das Defizit bei keiner Aburteilung längst verjährt gewesen.

Kurz und gut: der Blindste sieht ein, daß es empörend wäre, wenn es in solchen Fällen nicht ein Mittel gäbe, nicht nur etwa die Strafe im Gnadenweg zu erlassen, sondern auch die Ehre des unschuldig Verurteilten wiederherzustellen. Dies Mittel verweigern, heißt Justizmorde mit vollem Bewußtsein verewigen, heißt, mit jodistischer Wollust zu Unrecht Verurteilten die Rehabilitation vorzuenthalten.

Deshalb war es nur selbstverständlich, wenn der Reichstagsauschuß dies Mittel gab, wo es unglücklicherweise fehlte: gegen die Urteile der bayerischen Standgerichte. Bei denen es um so nocheiniger war, als diese Volksgenossen unter Befreiung der elementarsten Rechtsgarantien für den Angeklagten und ohne Berufungsmöglichkeit ihre Urteile gefällt hatten.

Über die bayerische Regierung — und mit ihr die bayerischen

Ordnungsparteien — führen gegen diesen Beschluß Indignationstänze auf. Sie sehen darin eine Vergewaltigung des bayerischen Rechts.

Schlussfolgerung: die bayerische Regierung hält es für gerecht und in der Ordnung, daß der wegen Ermordung unschuldig Verurteilte auch fernerhin von jedem Gassenbuben als Mörder beschimpft werden darf. Sie hält es in der Ordnung, daß das unschuldig verdächtige Dienstmädchen auch weiterhin mit dem Mafel des Diebstahls behaftet bleibt. Sie hält es schon für ein großes Entgegenkommen, wenn solchen unschuldig Verurteilten ein etwa noch nicht verbühter Strafrest im Gnadenwege erlassen wird. Vorbestraft mögen sie weiter bleiben. Und natürlich ist es der Gipfel der Gerechtigkeit, wenn der unschuldig wegen Landesverrat verurteilte Fehrenbach ohne Recht, ja selbst ohne Gnade seine zwölf Jahre Zuchthaus zu Ende verbühen muß.

Das ist unser Recht, das ist Deutschlands vergewaltigtes, mit Füßen getretenes Recht, für das wir am 3. August demonstrieren sollten! Denn ehe man über den Schmutz schimpft, den einem die anderen hineinragen, muß man wohl zunächst einmal seinen eigenen Unrat in den vier Wänden befestigen.

Aber: Verweigerung der Wiederaufnahme und dann Protest gegen die Vergewaltigung Deutschlands — wie macht man das mit gutem Gewissen, Herr Held, Ministerpräsident Bayerns?

## Betrachtung.

Wenn ich morgens meine Zeitung aufschlage, lese ich:

„Mord im Wald!“

„Raubmord im Hause bei hellstem Tage!“

„Blutbad eines Fünfzehnjährigen!“

Ich gehe mit meiner kleinen Susi, einer Bulldogge, deren gequirltes Rauschen sich aus dem Maulkorb schiebt, vergnügt die Leipziger Straße entlang; zwei ziemlich schwere Pakete baumeln in jeder Hand. Ich sehe, daß die Rasse meines Hundes unbedeutend von Leberriemen in die Luft rogt. Und sehe im selben Moment einen Schuhmann auf mich losstreben.

Wir wird befohlen, mich sofort mit ihm auf die Wache zu begeben!

Ich zog die Riemen des Maulkorbes wieder über Susis Nase, aber alles nützte nichts, ich mußte mit.

Im Wachtlokal: außerordentlich viel schöne, neue, grüne Uniformen. Nach allerlei Protesten wird mir von einem Mitführenden erlaubt (ich hatte das Gefühl, als ob die anderen alle mich haßten und als Ausbund von Gemeinheit betrakteten), nach Hause zu telefonieren, daß ich einige Stunden später zum Mittagessen kommen würde.

Das Wachtlokal ist lauber. Die ihmale Bank, auf der ich — unter Bewachung — Platz nehme, ist hart. Ich starre auf eine kleine Tür mir gegenüber, da steht: „Abort für Zwangsgefallte“. Das Wort Zwangsgefallte löst in mir Erinnerungen an Schredens-

zonen des Mittelalters mit Zwangsjoeden, Zwangsföhlen und Käbern aus.

Da geht die Tür auf. Ein altes Mütterchen wird hereingebracht. Aus ihren Personaten, die sie mit zitterndem Stimmchen dem protokollierenden Grundbesitzerin angibt, erfahre ich, daß sie zweiundachtzig Jahre und Witwe sei und zum Arzt wolle. Da dieser nicht da war, habe sie sich an die Hauswond gelehnt, um sich für den Frinnweg etwas auszurufen. Darauf sie von einem Grünen wegen Bettelei zum Wachtlokal transportiert wurde. Die alte Frau steht ordentlich aus. Gute schwarze Altmelberfschühchen hat sie, und ihr weißer Scheitel glänzt. Aber Gott, wer weiß, vielleicht hat sie doch! gebettelt. Zweiundachtzig und ohne Anhang!

Gerade als ich mich, allmählich stumpfsinnig geworden in den Müdigkeit des stillen Wachtlokals, innerlich auf einen Nachmittag gegenüber dem „Zwangsgefallten“ Plafat vorbereitete, wurde mir mitgeteilt, daß meine Personaten stimmen und daß ich gehen könne.

Das Strafmandat von 5 Mark kam heute morgen.

Ob das Mütterchen wohl auch fünf Mark bezahlen muß? Oder wird sie in Haft genommen? Aber das ist ja nicht so wichtig.

Durch die Strafen geht der Schrei eines Zeitungsjungen:

„Zwei neue Opfer im Falle hoarmann!“

Alkoholverbrauch der Völker. Daß die Antialkoholbewegung in den verschiedenen Ländern, mit Ausnahme Amerikas, nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, geht aus einer Statistik des Alkoholverbrauchs hervor. Was den Bierkonsum anlangt, so stehen die Bayern an der Spitze. Wenn die Statistik recht hat, so trinkt jeder Bayer im Jahre 255 Liter Bier. Wertwürdigerweise steht Holland im Verbrauch von Bier dem klassischen Lande des „Kulmbachers“ und des „Rindener Hofbräu“ nicht viel nach. Es werden dort 207 Liter jährlich für jeden Einwohner berechnet. In England ist eine Erhöhung des Bierkonsums festzustellen. Vor zehn Jahren betrug er jährlich 120, jetzt 148 Liter pro Kopf. Im Verbrauch von Spirituosen steht Deutschland noch immer mit fast 500 Millionen Litern Jahreskonsum an der Spitze. Frankreich verbraucht 300 Millionen Liter, die Vereinigten Staaten haben ihren Spirituosenverbrauch, der früher mehr als 265 Millionen Liter betrug, durch das Alkoholverbot (Prohibitionsgefeß) auf fast Null herabgedrückt. In England ist der Spirituosenverbrauch sehr gering. Auch im Weingenuß nimmt die Spornation den letzten Platz ein. Der Weinverbrauch in England beträgt nur 75 Millionen Liter, während in den Vereinigten Staaten vor dem Alkoholverbot 100 Millionen verbraucht wurden und in Deutschland über 350 Millionen Liter Wein in einem Jahr getrunken werden. Den Vogel schießt aber Frankreich mit über 4000 Millionen Liter Weinkonsum im Jahr ab; es übertrifft die anderen weinverbrauchenden Länder um das Achtfache.

Staatsführungen der Woche. Dienstag: Tribüne: „Biederleute.“ — Freitag: Deutsches Ränker-Theater: „Onkel Bernbach.“ — Samstag: „Geld.“ — Renaissance-Theater: „Deiratsantoon.“

Führung im Museum für Meereskunde, Georgenstr. 24. Dienstag, den 26. 1 Uhr, Prof. Früh: „Fischereibetriebe an der Ostsee- und Nordseeküste.“

Kündigung des Familiennamens nicht mehr zu erteilen sowie die unterstellten Behörden anzuweisen, auch die Genehmigung zur Kündigung des Vornamens Angehöriger der jüdischen Rasse in der Regel zu verweigern.

2. Die Staatsregierung ist zu veranlassen, sofort genaue Erhebungen anzustellen und das Ergebnis raschestens vorzulegen, wo und wieviel Angehörige der jüdischen Rasse sich in Diensten des bayerischen Staates, sei es als Beamte oder als Vertragsangestellte, befinden.

In der mehrstündigen Debatte teilte der Kultusminister mit, daß von den an den 4 bayerischen Hochschulen tätigen 598 Professoren und Privatdozenten insgesamt 29 Juden sich befänden. Das sind 4,8 Prozent.

Der Antrag, der da in München angenommen wurde, verdrängt ganz offensichtlich auch jetzt noch gegen die Grundbestimmung der Verfassung, die einen Unterschied zwischen verschiedenen „Rassen“ innerhalb Deutschlands nicht kennt, wobei die Heidenregierung der Bayerischen Volkspartei nicht zu beneiden ist um die Aufgabe, festzustellen, was „jüdische Rasse“ eigentlich sei! Aber dieser ganze Hofuspokus, den man in München aufführt, sollte endlich mit einem Donnerwetter von dem übrigen Bayern und dem übrigen Deutschland hinweggeschleudert werden. Wollen diese Leute, die in München solchen Unfug verzapfen, denn Deutschland in der Welt lächerlich machen, nachdem sie es durch den militärischen Spieß, den Hitler-Ludendorff-Ehrhardt dort jahrelang aufgeführt haben, überall verhaßt gemacht haben? Im Reichstag wehrt Regier wegen angeblicher Verfassungsverletzung, weil man den Opfern bayerischer Rachejustiz die Wiederaufnahme des Verfahrens sichern wollte. Und derweilen schlägt man im bayerischen Landtag nicht nur der deutschen Reichsverfassung, sondern einer geschichtlichen Entwicklung klatschend ins Gesicht, ohne eine Spur von Scham zu empfinden. Wie lange soll denn der Zauber noch andauern?

## Schwarz-Rot-Gold in Mannheim. Ein Denkstein für Ludwig Frank.

Mannheim, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im festlich mit den Farben Schwarz-Rot-Gold geschmückten Nibelungenaal im Rosengarten fand gestern abend 8 Uhr unter Beteiligung von gegen 3000 Republikanern die Bannerweihe der Ortsgruppe Mannheim des Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ statt. Auch auswärtige Ortsgruppen aus Karlsruhe, Stuttgart, Pforzheim, Friedrichsfeld u. a. hatten Abordnungen geschickt. Oberbürgermeister Dr. Luppe, der die Festrede hielt, legte dar, daß der Reichsbund weder einer bestimmten Partei oder Klasse dienen, sondern alle Schichten der Bevölkerung zur Pflege des demokratisch-sozialen Ideals vereinigen wolle. Weiter gedachte der Redner der in dem großen Völkerrüstigen gebliebenen Opfer und gab bekannt, daß in Mannheim demnächst ein Denkstein für den gefallenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Frank errichtet werde.

## Zur Kabinettskrise in Polen. Eine Rundgebung Thugutt's.

Warschau, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Mittelpunkt des politischen Lebens steht zurzeit in Polen die durch die Ablehnung des Fortschritts des Leuzheren durch den Abgeordneten Thugutt hervorgerufene Krise. Thugutt hat diesen Vorgängen durch eine jeden veröffentlichten Rundgebung eine prinzipielle Bedeutung verliehen. Seine Ausführungen, die in dem Organ seiner Partei „Wyzwolenie“ („Emanzipation“) erschienen sind, kennzeichnen die ganze innen- und außenpolitische Lage Polens mit ungewöhnlichem Mut. Thugutt bekannt, daß er entschlossen war, in das Kabinett Grabiti einzutreten, obwohl es keineswegs eine Linksregierung ist. Er dachte hierbei weder an die Bildung einer Koalitionsregierung, noch an die Parlamentarisierung des Kabinetts, sondern bloß an die gebieterische Notwendigkeit, Polen aus seiner gegenwärtigen verfahrenen Lage herauszuheben.

„Wiewohl die Sanierung der Finanzen erhebliche Fortschritte gemacht hat, befindet sich Polen heute in so schwerer Not, wie etwa zur Zeit der bolschewistischen Invasion. Die wirtschaftliche Lage verschlimmert sich von Tag zu Tag. In den internationalen Beziehungen haben wir mehrere Jahre auf dem weichen Lager mehr oder minder unzulänglicher Verträge laus geschlummert und erwachen heute mit dem Bewußtsein der uns drohenden Gefahr: die uns angeblich schützenden Bündnisse können annulliert werden, und aus der anbrechenden Dunkelheit tönt uns nur das Hochgebrüll unserer Feinde entgegen.“

„Dazu kommen die Mängel unserer Verwaltung, welche durch die Beschränkung des Papieres keine Angelegenheit vom Reich rückt, keinem Mißbrauch steuert. Es gibt keinen anderen Ausweg dafür als einen, mit dem man einst das sterbende aelbige Polen gefangenhalten hat: Wirtschaftlichkeit.“

„Man muß daran denken, daß das Herzogtum Warschau nur fünf Jahre und Kongresspolen nur 15 Jahre gedauert haben und dann zugrunde gegangen sind. Die Ursache ihres Falles war nicht nur die Uebermacht des Fremdes, sondern auch das Unzulängliche ihrer Organisation, vor allem der Mangel an starkem Willensgefühl im Verhältnis zum Staat.“

„Wer soll uns aus diesem Krampf herausführen? Die Regierung? Herr Grabiti ist ein vernünftiger und ehrlicher Mann, er kann aber als einziger nicht die Arbeit leisten, für welche 100 Leute kaum genügen würden. Dem Sejm fehlt es nicht an ehrlichem Opfermut in kritischen Augenblicken, er leidet jedoch an häßlicher Ohnmacht. Die Parteien sammeln Kräfte, jedoch nur, um andere an der Arbeit hindern zu können. In Polen wollen alle nur in der Opposition sein, niemand will für irgend etwas die Verantwortung übernehmen. Durch bloßes Regieren jedoch kann ein Staat nicht entwideln.“

„Wenn es nun nicht möglich ist, den Sejm zu verbessern, so muß man die Regierung stärken. Nicht durch Bildung von Koalitionen, sondern dadurch, daß man ihr Männer zur Verfügung stellt, die die Not des Staates erfordert, selbst auf die Gefahr hin, daß man diese Männer vorübergehend von ihren Parteien trennt. Wer dies nicht einseht, dem bleibt nur der Weg rücksichtsloser Opposition. Polen ist jedoch ein schlecht organisiertes Land, welches großer und fühner Reformen bedarf.“

Nur ein Politiker, der sich so außergewöhnlicher Popularität bei sämtlichen Parteien erfreut, wie Thugutt, konnte den Entschluß fassen, die Notwendigkeit eingreifender Reformen in so rücksichtsloser Weise darzustellen. Diplomatische Routiniers werden sicherlich der Ansicht sein, daß Thugutt in seiner Kritik über die Grenzen des staatsmännlich Erlaubten hinausgegangen ist. Und in der Tat ist es ein seltener Fall, daß eine führende Persönlichkeit noch einer derartigen Rundgebung ihre Beliebtheit nicht einbüßt, sondern von der Regierung und von der Kammer immer neue Beweise des Vertrauens erhält.

## „Beträchtliche Annäherung“.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Tatsache, daß für Montag nachmittags eine neue Vollziehung der Londoner Konferenz anberaumt worden ist, wird hier als wichtiges Zeichen angesehen, und einzelne Blätter, wie das „Petit Journal“, glauben versichern zu können, daß im Laufe der zahlreichen Besprechungen des Freitag eine beträchtliche Annäherung der verschiedenen Auffassungen zustande gekommen sei. Auch der „Matin“ will wissen, daß man in der Umgebung Herris die bestimmte Zuversicht habe, im Laufe der kommenden Woche zu einer endgültigen Verständigung zu gelangen. Der Versuch der französischen Regierung, einen Druck auf die amerikanischen Banken ausüben zu wollen durch Verhandlungen mit anderen Finanzgruppen, wird in maßgebenden Kreisen nicht sehr ernst genommen, obwohl man am Freitag von Paris eine Reihe der ersten Bankiers nach London beordert hat.

## Die Frage eines internationalen Garantiepaktes.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Matin“ wird die Antwort der französischen Regierung auf die Rundfrage des Völkerbundes über die Opportunität eines internationalen Garantiepaktes als Voraussetzung für die allgemeine Abrüstung im Gegensatz zu der der englischen Regierung positiv, d. h. zustimmend sein. Das Blatt teilt mit, daß die Studienkommission des Obersten Rates für die nationale Verteidigung, deren Vorsitzender der sozialistische Abg. Paul Boncour ist, sich einstimmig für Annahme des vom Völkerbund vorgeschlagenen Garantiepaktes ausgesprochen hat. Da dieser Kommissar die Ehre des großen Generalstabes von Heer und Marine angehört, steht es außer Zweifel, daß der Oberste Rat selbst und mit ihm die französische Regierung sich das Gutachten der Kommission zu eigen machen werden.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem „Quotidien“ spricht sich das von den französischen und englischen Juristen erstattete Gutachten dahin aus, daß die deutschen Delegierten auf dem Fuße einer völligen Gleichberechtigung mit den anderen Delegationen zu den Verhandlungen in London herangezogen werden müssen. Die offizielle Einladung Deutschlands werde wahrscheinlich am Montag ergehen und die Verhandlungen mit Deutschland am Donnerstag beginnen. Damit werde die Konferenz in ihr entscheidendes Stadium eintreten.

London, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ein Vertreter des Bankhauses Morgan hat am Freitag den Vertretern der Presse in London in längeren Erklärungen auseinandergesetzt, daß der Bankwelt nichts ferner liege, als durch ihre Bedingungen für die Anleihe einen Druck auf die alliierten Regierungen ausüben zu wollen. Die Vertreter der Banken seien ein Gutachten für die Anleihe erstattet worden, und den Regierungen stehe es nun frei, die in diesem Gutachten als unerlässlich betrachteten Voraussetzungen für eine Anleihe anzunehmen oder abzulehnen.

## Keine Demission Rollets.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag auf der Londoner Konferenz verbreiteten Gerüchte, wonach der französische Kriegsminister Rollet mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls in der Frage der Kontrolle der strategisch wichtigen Eisenbahnen Frankreich mit seinen Forderungen nicht durchdringe, werden hier kategorisch dementiert.

## Die Geistesverwandten.

Die kommunistische Studentenfraktion entfaltet seit einiger Zeit an der Berliner Universität eine gesteigerte Werbetätigkeit, deren Hauptmerkmal eine fanatische Hege gegen die Sozialdemokratie und ihre Vertreter in der Studentenschaft bildet, eine Hege, die sich überall da, wo die Argumente fehlen, zu persönlichen Anwürfen verdichtet. Hierbei sowohl als auch in ihrer sonstigen Einstellung zeigt sich wieder, wie geistesverwandt Kommunisten und Bolschewisten sind.

Wie sehr die Argumente fehlen, bewiesen unter anderem wieder die Ausführungen, die Frau Ruth Fischer-Gohlke am vergangenen Mittwoch unter der Parole: „Gegen imperialistischen Krieg, gegen imperialistischen Frieden“ vor einer Studentenversammlung machte. Mit einer sehr oberflächlichen Polemik gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens verband die Referentin einen in flammenden Worten geführten Kampf gegen den Pazifismus der deutschen Sozialdemokratie und der Regierungen Englands und Frankreichs, womit sie bei den anwesenden bolschewistischen Studenten Beifall fand und fand. Vor der Studentenschaft gegen den Pazifismus kämpfen, heißt gegen Windmühlen kämpfen, denn jedes Kind weiß, daß die Einstellung der Masse der Studenten wirklich alles andere als pazifistisch ist. In der Diskussion zeigte es sich, daß Frau Gohlke mit ihrem oberflächlichen, mit den bekannten gegenstandslosen Revolutionsphrasen durchsetzten Referat die Zuhörerchaft richtig eingeschätzt hatte, wobei man zur Ehre der Studentenschaft bemerken muß, daß nur der kleinere Teil der Versammlung aus Akademikern, die Mehrheit dagegen aus unreifen, teilweise bolschewistisch eingestellten jugendlichen Elementen bestand, auf die sachliche Ausführungen ohne Eindruck blieben. Dr. Kurt Bloch zeigte als erster Diskussionsredner mit scharfem Schwert die unrichtige und vor allem unmarxistische Darstellung der Referentin. Auf Einzelheiten des Dames-Gutachtens eingehend, erörterte er die sich aus der Annahme des Gutachtens ergebende wirtschaftliche Lage (speziell der Arbeiterschaft, die durchaus keine Verschlechterung darzustellen brauche. Infolge der bekannten Unzulänglichkeit kommunistischer Versammlungsleitung konnte er seine auf wirklicher Sachkenntnis beruhenden Ausführungen nicht beenden, fand aber bei einer Minderheit bekannterer Zuhörer lebhaften Beifall. Weder der kommunistische Abgeordnete Bloch, der ebenfalls in der Diskussion sprach, noch Frau Ruth Fischer im Schlußwort vermochte die aus der Mitte der Versammlung heraus aufgeworfene Frage, was nach einer Ablehnung des Gutachtens geschehen solle, irgendwie befriedigend zu beantworten. — Das Sachverständigengutachten muß überhaupt bei jeder Gelegenheit dazu herhalten, den Kommunisten die in ihrer Taktik vorgesehene Brücke zu den Bolschewisten zu schlagen, und es verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, was die Kommunisten sich im Studentenparlament leisteten. Nachdem sie schon bei den Wahlen zu dieser lediglich der studentischen Selbstverwaltung dienenden Körperschaft an der Spitze ihres Aufrufes die Ablehnung des Dames-Gutachtens forderten, brachten sie in der ersten Sitzung den Antrag ein, die Studentenschaft möge eine Protestkundgebung gegen die Annahme des Gutachtens beschließen. Als sie das durchsichtige Ziel dieses Antrages, eine Einheitsfront zwischen Bolschewisten und Kommunisten gegen Sozialdemokraten und Demokraten auch hier herzustellen, nicht erreichten, machte sich wie immer ihre Wut Luft in Beschimpfungen gegen die Sozialdemokraten, die in dem durch Trümpfen unterführten Ausruf: „Wie der sozialdemokratische Schweinehund Leinert“ den Höhepunkt erreichten.

Trotz alledem gewannen die sozialdemokratischen Studenten an der Universität zunehmend Einfluß und lassen sich in ihrem positiv gerichteten Kampfe gegen Bolschewisten und Kommunisten durch die vor keiner persönlichen Berührung zurückweichende Kampfweise der Kommunisten nicht entmutigen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Jugendkameradschaft Süd-Ost. Heute abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Herr. Raunhiser 9.

## Der Nachluftverkehr Berlin-Stockholm. Verzögerung der technischen Vorbereitungen.

Wegen Verzögerung der notwendigen technischen Vorbereitungen mußte die Eröffnung des Nachluftverkehrs Berlin-Barnemünde-Stockholm verschoben werden. Inzwischen ist damit zu rechnen, daß die Aufnahme des Verkehrs auf dieser Flugstrecke noch im Laufe dieses Monats erfolgt. Die Zwischenzeit wird bei Tage und bei Nacht sowohl auf der Landstrecke Berlin-Barnemünde, wie auf der Seestrecke Barnemünde-Karlskrona-Stockholm eifrig zu Probe-Flügen mit den für diese Linie zur Verwendung kommenden Junkers-Zweimotoren vom Typ A 20 ausgenutzt, um vor allen Dingen die Flugzeugführer auch in der Dunkelheit mit der Strecke vertraut zu machen und um die Brauchbarkeit der an verschiedenen Punkten aufgestellten Orientierungslichter und -zeichen zu erproben. Die Flugzeuge selbst werden nach Art der Schiffe beleuchtet, sie sind mit je einer grünen und roten Positionslaterne aus der Tragflächen und einer weißen Laterne am Heck ausgerüstet. Zur Sicherung der die Ostsee überfliegenden Maschinen werden die Flughäfen Barnemünde und Karlskrona, sobald Flugzeuge auf der Strecke sind, in ständiger funktentelegraphischer Fühlung miteinander bleiben, damit im Falle des Ausbleibens einer Maschine sofort Nachforschungen eingeleitet werden können. Außer Fernerkundungsgeräten stehen hierfür auf deutscher Seite Hochleistungsbatterie des Reichswasserfluges zur Verfügung, und ähnliche Vorrichtungen sind auch seitens der schwedischen Behörden getroffen. Ob die Flugzeuge selbst mit funktentelegraphischen Einrichtungen ausgerüstet werden, steht noch nicht fest, da das Mitführen solcher Apparate die Betrachtungsmöglichkeit der Maschinen verringern würde. Sowohl die deutsche wie die schwedische Postverwaltung haben sich bereit erklärt, sofort mit der Aufnahme des regelmäßigen Luftpostverkehrs Berlin-Stockholm die Flugzeuge bis zur Grenze ihrer Tragfähigkeit mit Postfrachten zu versehen. Jede Maschine wird ungefähr 125 Kilogramm Post aufnehmen können.

## Reichsbanner und Reichsflagge.

Mehrere rechtsstehende Berliner Blätter veröffentlichten in der Morgenausgabe des 25. Juli d. J. eine gleichlautende Notiz, wonach ein Trupp der Wilmersdorfer Organisation der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold in eine Abendkundgebung der Wilmersdorfer Sozialdemokratischen Partei eingedrungen sei, um sie zu sprengen. Es wird dort behauptet, daß einige Mitglieder der Reichsflagge erklärten, die Polizei könne ihnen gar nichts tun, da das Ministerium des Innern sie „unter den Schutz der Schupo“ gestellt habe. Dazu schreibt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes:

„Die Notiz ist unklar. Eine Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold gibt es nicht, wohl aber eine bolschewistische Organisation Reichsflagge. Aus den Kommentaren der rechtsstehenden Blätter geht aber hervor, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gemeint sei. Demgegenüber erklärt der Amtliche Preussische Pressedienst, daß die Mitglieder dieser Organisation nicht unter den Befehlenden Schutz der Schupo gestellt sind; die Schupo hat sich für den Schutz aller Bürger einzusetzen. Da in der Notiz selbst gesagt wird, daß im Anschluß an die beabsichtigte Sprengung einige Verhaftungen vorgenommen worden sind, wird jene angebliche Behauptung von selbst auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Ebenso unrichtig ist die angebliche Behauptung, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold vom 1. August d. J. an offiziell das Recht habe, öffentlich Waffen zu tragen.“

## Ein Zigarrengeschäft ausgeraubt.

Ein großer Einbruch wurde an der Ecke der Wilmersdorfer und Kommen-Straße verübt, wo sich eine Zigarrenhandlung von Grimm befindet. Weil diese aber durch ein eisernes Gitterwerk so gesichert ist, daß man von außen her nicht eindringen kann, so erbrachten die Diebe das leichter zu bewältigende Schloß einer nebenan gelegenen Bäckereifiliale, in der nachts niemand ist, durchbrachen von dort aus eine Kabinwand und gelangten so in den Zigarrenladen. Sie stahlen für mehrere 1000 Mark Zigarren und Zigaretten. Die Diebstähle dieser Art häufen sich in der letzten Zeit, weil die Verbrecher außer für Stoffe heute nur noch für Zigarren und Zigaretten leicht Abnehmer finden. Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung der Ware ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Brodowicz, Dienststelle B. I. 11, im Polizeipräsidium entgegen.

## Großes Schadenafeuer in Amsterdam. Die Stadt vom Feuer bedroht?

Aus Amsterdam wird gemeldet, daß in den Fabrikanlagen der niederländischen Petroleum- und Asphaltgesellschaft ein großes Feuer entstanden ist. Ein großer Petroleumbehälter fing Feuer und explodierte. Andere Behälter sind gleichfalls in die Luft geflogen. Der Schaden wird vorläufig auf mehrere 100 Millionen Gulden veranschlagt. Amsterdam soll von dem Feuer bedroht sein, da die Feuerwehr nicht in der Lage ist, des Brandes Herr zu werden. Ob es Tote und Verwundete bei diesem Unglück gegeben hat, ist noch nicht einwandfrei festgestellt.

## Das Unwetter am Bodensee.

Je mehr Berichte aus Lindau, aus der Bodensee-Region und aus dem Allgäu einlaufen, um so katastrophaler stellt sich das Unwetter vom vergangenen Dienstag dar. In den Allgäuer Wäldern sieht es aus, als ob sie stundenlang von Artilleriefeuer beschossen wären. In der Umgebung von Repten kam zu dem Sturm auch noch der Hagel und vernichtete das Sommer- und Wintergetreide. In der schweizerischen Bodensee-Region gleichen die Obstgärten wahren Schlachtfeldern. Der Hagel fiel stellenweise 30 Zentimeter hoch. Ganze Wälder wurden auch auf dem schweizerischen Ufer durch den Sturm umgeweht.

Eine Familientragödie. Aus Oberburg bei Burgdorf (Schweiz) kommt die Meldung, daß hier der 45jährige Fabrikarbeiter Ruch auf seine drei etwas geisteskranken Kinder, die im Alter von 7, 8 und 10 Jahren steben, mehrere Revolvergeschosse abgegeben hat, worauf er sich durch einen Schuß in den Mund tötete. Die Kinder wurden mit schweren Brust- und Bauchschüssen in das Bezirkskrankenhaus gebracht, wo sie noch kurzer Zeit verschieden.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Stimmlich kühl und überwiegend bewölkt mit Neigung zu Regenschauern.  
Deutschland: Überall kühl, in den westlichen Gegenden regnerisch, im Westen leichte Besserung.

## Arbeitersport. Städtekampf im Ringen.

Eine interessante Begegnung im Ringen findet heute, Sonntag, den 26. Juli, in Charlottenburg, Alexiers Park 14, Berliner Str. 88, statt. Es kämpfen die erste Mannschaft des Sportklub „Libertas“, R. d. H. 1923, Charlottenburg, gegen den Sportklub „Eichenlaub“, Briesau. Da der Sportklub „Eichenlaub“ bei den jetzt beendeten Serienkämpfen als erster die Kreismeisterwürde errang, so ist er als der beste Vertreter Schlesiens anzusehen. Auf dieselben Erfolge kann auch der Sportklub „Libertas“ zurückblicken. In der Kreismeisterschaft von Brandenburg 1923/24, Ostern 1924, wollte Sportklub „Libertas“ in Briesau und kämpfte u. a. auch mit „Eichenlaub“, machte sich jedoch mit Unentschieden begnügen. Dieses Resultat wollen die Berliner jetzt korrigieren. Der Kampf findet in 6 Klassen statt und gehen folgende Paare auf die Matte: Im Kantengewicht Jandrosch-Breslau gegen Albert Sind-Berlin; im Federgewicht Bischer-Breslau gegen Berlin gegen Sambl-Berlin; im Leichtgewicht Bar-Woll-Breslau gegen Karl Beron-Berlin; im Halbmittelgewicht Ruff-Breslau gegen Kurt Wogan-Berlin; im Schwergewicht Bergolla-Breslau gegen Fritz Wogan-Berlin. Außerdem findet ein Jiu-Jitsu-Kampf in 6 Klassen der Jiu-Jitsu-Abteilung des Sportklub „Libertas“ gegen den Sportklub „Turia“, Berlin, statt. Anfang der Kämpfe 9 Uhr abends.

